

Drucksache Nr. 15-2591/2016

**Bündnis 90/Die Grünen**  
**im Stadtbezirksrat Linden-Limmer**

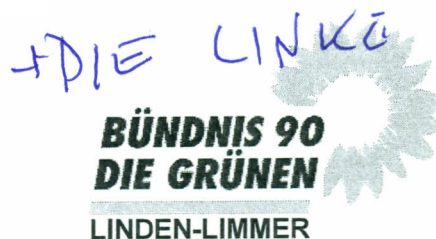
GRÜNE, Dr. Daniel Gardemin, Nedderfeldstr. 22, 30451 Hannover

An den Stadtbezirksrat Linden/Limmer

– über den Bezirksbürgermeister und über den  
 Fachbereich Zentrale Dienste Rats- und  
 Bezirksratsangelegenheiten OE 18.62.10 –

Trammplatz 2, Rathaus

30159 Hannover



**Dr. Daniel Gardemin**  
 Fraktionsvorsitzender

Nedderfeldstr. 22

30451 Hannover

linden-limmer.gruene-hannover.de

Die  
Zurück

Piraten

Hannover-Linden, 20.11.2016

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover  
 in die nächste Sitzung des Bezirksrates

Zur Beschlussdrucksache 2232/2016

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1808 - Kesselstraße -  
 Einleitungsbeschluss, Modifizierung des Aufstellungsbeschlusses**

Der Bezirksrat beschließt:

1. Die GBH damit zu beauftragen, den derzeit im Bestand im Geltungsbereich wohnenden Bewohner/innen (in 26 Mietwohnungen) in Preis und Größe vergleichbare und wohnortnahe Ersatzwohnungen zu beschaffen.
2. Den Bauherrn bzw. die zukünftige Eigentümerin zu verpflichten, den derzeit im Bestand im Geltungsbereich wohnenden Bewohner/innen im Anschluss an die Baumaßnahme im Baufeld zu gleichen oder niedrigeren Bruttowohnpreisen Wohnraum anzubieten, die die Bewohner/innen derzeit für ihren Wohnraum aufbringen.  
 DER WOHNRaum MUSS MINDESTENS 3 MONATE VOR UMZUG BESCHAFFT WERDEN.  
 DIE KOSTEN FÜR AUS- UND EINZUG WERDEN VOM BAUHERRN ÜBERNOMMEN  
 Begründung:

Auf dem geplanten Baufeld sind 26 Mietwohnungen bewohnt. In bisherigen Informationen seitens des Bauträgers und der Verwaltung ist zwar von der Berücksichtigung von benachbarten Eigentumsrechten die Rede, nicht aber von Bewohner/innen im Bestand im geplanten Baufeld.

Hierzu hätte Verwaltung und Bauträger den Bezirksrat informieren müssen.

Wir fordern Verwaltung, Bauträger und perspektivisch als Bestandsübernehmerin die GBH dazu auf, nicht nur die Rechte der Bewohner/innen im Bestand zu wahren, sondern darüber hinaus in der Handhabung von Umzug und Rückzug der Fürsorgepflicht der öffentlichen Hand gerecht zu werden.

Dr. Daniel Gardemin  
 Fraktionsvorsitzender Bündnis90/Die Grünen